



055433/EU XXIV.GP
Eingelangt am 01/07/11

RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

DE

11574/11

(OR. en)

PRESSE 176
PR CO 40

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3099. Tagung des Rates

Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz

Beschäftigung und Sozialpolitik

Luxemburg, den 17. Juni 2011

Präsident

Sandor CZOMBA
Minister für Beschäftigung
Miklós RÉTHELYI
Minister für nationale Ressourcen

(Ungarn)

P R E S S E

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 5272 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026
press.office@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/Newsroom>

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

*Der Rat nahm Kenntnis von einem Sachstandsbericht über die **Richtlinie zum Mutterschaftsurlaub**, über eine Richtlinie über Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung und über Änderungen an den Verordnungen über die Koordinierung der **Systeme der sozialen Sicherheit**.*

*Er führte eine Orientierungsaussprache über seinen **Beitrag für die Tagung des Europäischen Rates am 23./24. Juni** und erzielte eine allgemeine Ausrichtung zu den Empfehlungen über die **Beschäftigungspolitiken** der Mitgliedstaaten.*

*Der Rat führte einen Meinungsaustausch über Familienpolitik und verabschiedete Schlussfolgerungen über die **Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben** im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel.*

*Er verabschiedete Schlussfolgerungen zu den Themen **Jugendbeschäftigung, Menschen mit Behinderungen und Kinderarmut**.*

INHALT¹

TEILNEHMER	5
-------------------------	----------

ERÖRTERTE PUNKTE

Mutterschaftsurlaub	7
Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung.....	8
2012: Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen.....	9
Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit.....	10
Umsetzung der Strategie Europa 2020 im Bereich der Beschäftigungspolitiken.....	11
Beitrag für die Tagung des Europäischen Rates	11
Die Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten	12
Jugendbeschäftigung.....	13
Die Zukunft der offenen Methode der Koordinierung (OMK) im Sozialbereich.....	14
Demografischer Wandel und Familienpolitik.....	15
Kinderarmut und Wohlergehen des Kindes	16
Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020.....	17
SONSTIGES	18

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

ENERGIE

– Gemeinsames Unternehmen Hochtemperatur-Kernkraftwerk GmbH.....	19
---	----

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

– Beziehungen zu Algerien	19
--------------------------------------	----

- ¹
- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
 - Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
 - Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

TRANSPARENZ

- Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten 19

TEILNEHMER

Belgien:

Joëlle MILQUET

Jean-Marc DELIZÉE

Vizepremierministerin und Ministerin der Beschäftigung und der Chancengleichheit
Staatssekretär für Soziale Angelegenheiten

Bulgarien:

Totyu MLADENOV

Minister für Arbeit und Soziales

Tschechische Republik:

Vladimir ŠIŠKA

Stellvertretender Minister, Ministerium für Arbeit und Soziales

Dänemark:

Inger STØJBERG

Minister für Beschäftigung

Deutschland:

Josef HECKEN

Andreas STORM

Staatssekretär, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Staatssekretär, Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Estland:

Hanno PEVKUR

Minister für Soziales

Irland:

Joan BURTON

Ministerin für Sozialschutz

Griechenland:

Andreas PAPASTAVROU

Stellvertreter des Ständigen Vertreters
Staatssekretärin für Beschäftigung
Staatssekretärin für Gleichstellung

Spanien:

Maria Luz RODRÍGUEZ FERNÁNDEZ

Bibiana AÍDO ALMAGRO

Staatssekretärin für Beschäftigung
Staatssekretärin für Gleichstellung

Frankreich:

Marie-Anne MONTCHAMP

Staatssekretärin bei der Ministerin für Solidarität und sozialen Zusammenhalt

Italien:

Luca BELLOTTI

Staatssekretär Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik

Zypern:

George PAPAGEORGIOU

Staatssekretär, Ministerium für Arbeit und Soziales

Lettland:

Andrejs STAKIS

Parlamentarischer Sekretär, Ministerium für Wohlfahrt

Litauen:

Arūnas VINČIŪNAS

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Luxemburg:

Nicolas SCHMIT

Marie-Josée JACOBS

Minister für Arbeit, Beschäftigung und Immigration
Ministerin für Familie und Integration

Ungarn:

Miklós RÉTHELYI

Sándor CZOMBA

Ildikó BERNÁTH

Minister für nationale Ressourcen
Staatssekretär, Ministerium für nationale Wirtschaft
Ministerialbeauftragte für Behindertenfragen

Malta:

Chris SAID

Clyde PULI

Parlamentarischer Staatssekretär für Verbraucher, fairen Wettbewerb, Kommunen und öffentlichen Dialog
Parlamentarischer Staatssekretär für Jugend und Sport

Niederlande:

Henk KAMP

Minister für Soziales und Beschäftigung

Österreich:

Rudolf HUNDSTORFER

Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Polen:

Jolanta FEDAK

Ministerin für Arbeit und Soziales

Portugal:

Pedro COSTA PEREIRA

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Rumänien:

Valentin MOCANU

Staatssekretär, Ministerium für Arbeit, Familie und soziale Sicherung

Slowenien:

Anja KOPAČ MRAK

Staatssekretärin, Ministerium für Arbeit, Familie und Soziales

Slowakei:

Jozef MIHAL

Stellvertretender Premierminister und Minister für Arbeit, Soziales und Familie

Finnland:

Juha REHULA

Minister für Soziales und Gesundheit

Schweden:

Bettina KASHEFI

Anna PETTERSSON WESTERBERG

Staatssekretärin im Ministerium für Beschäftigung
Staatssekretärin im Ministerium für soziale Sicherheit

Vereinigtes Königreich:

Chris GRAYLING

Staatsminister für Arbeit und Altersversorgung

Kommission:

Viviane REDING

László ANDOR

Vizepräsidentin

Mitglied

ERÖRTERTE PUNKTE

Mutterschaftsurlaub

Der Rat nahm Kenntnis von einem Sachstandsbericht über die jüngsten Arbeiten in Bezug auf den Vorschlag zur Änderung der Richtlinie über Sicherheit und Gesundheitsschutz von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz (Mutter-schaftsurlaub) ([10541/11](#)).

Verschiedene Minister brachten ihre Bedenken bezüglich des Kommissionsvorschlags und/oder des Standpunkts des Parlaments in erster Lesung zum Ausdruck.

Angesichts der Meinungsverschiedenheiten sprachen sich einige Minister dafür aus, dass der Rat erwägen sollte, seine Arbeiten zu dem Thema nicht fortzusetzen, während andere betonten, dass die Arbeiten weitergeführt werden sollten.

Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung

Der Rat nahm die Fortschritte, die im Zusammenhang mit der Richtlinie betreffend den Grundsatz der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung erzielt worden sind, zur Kenntnis ([10615/11](#)) und beauftragte die Vorbereitungsgremien, ihre Arbeiten fortzusetzen.

Unter ungarischem Vorsitz ging es in den Beratungen schwerpunktmäßig um die Bestimmungen bezüglich angemessener Vorkehrungen für Menschen mit Behinderungen.

Ziel der Richtlinie ist es, den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung auf Bereiche außerhalb des Arbeitsplatzes auszuweiten, z.B. Sozialschutz, soziale Sicherheit und Gesundheitsdienste, soziale Vergünstigungen und Bildung sowie Zugang zu Gütern und Dienstleistungen einschließlich Wohnraum.

2012: Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen

Der Vorsitz informierte den Rat über die erfolgreichen Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament, 2012 zum Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen auszurufen.

Das Europäische Jahr für aktives Altern sollte die Mitgliedstaaten, ihre regionalen und lokalen Behörden, die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft in ihren Bemühungen bestärken und unterstützen, aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen zu fördern und mehr zu unternehmen, um das Potenzial der geburtenstarken Jahrgänge zu nutzen.

Es sollte als Höhepunkt einer großen, den Zeitraum 2011-2014 umspannenden Aktion gesehen werden, in deren Verlauf die EU viele ihrer Programme und Maßnahmen auf das Thema „aktives Altern“ konzentrieren und einen Rahmen aufstellen würde, in dem neue Initiativen und Partnerschaften zur Unterstützung aktiven Alterns auf allen Ebenen (Mitgliedstaaten, Regionen, lokale Einrichtungen, Sozialpartner, Zivilgesellschaft) angeregt und bekannt gemacht werden könnten.

Die Ziele und Ergebnisse der über bestehende Haushaltslinien und Programme geförderten Projekte zum aktiven Altern würden auf einer europäischen Website vorgestellt werden, die dann als Website des Europäischen Jahres auch als Monitoring- und Evaluierungsinstrument dienen würde.

Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit

Der Rat nahm Kenntnis von einem Sachstandsbericht über einen Kommissionsvorschlag für verschiedene Änderungen an den Verordnungen 883/2004 und 987/2009 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit ([11077/11](#) + [ADD 1](#) + [ADD 2](#)).

Durch die Änderungen sollen die vorgenannten Verordnungen aktualisiert werden – zum einen, um Änderungen in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zur sozialen Sicherheit Rechnung zu tragen, und zum anderen, um mit den gewandelten sozialen Gegebenheiten, die sich auf die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit auswirken, Schritt zu halten.

Die noch offenen Punkte sind die besonderen Bestimmungen für vollarbeitslose selbständige Erwerbstätige (Artikel 1 Nummer 8) und das Heranziehen des Kriteriums der "Heimatbasis" für die Bestimmung der für die Mitglieder von Flugbesatzungen geltenden Rechtsvorschriften (Artikel 2 Nummer 3).

Umsetzung der Strategie Europa 2020 im Bereich der Beschäftigungspolitiken

Beitrag für die Tagung des Europäischen Rates

Zum Abschluss des Europäischen Semesters erzielte der Rat eine allgemeine Ausrichtung mit einigen Vorbehalten zu den Empfehlungen betreffend die Beschäftigungspolitiken der Mitgliedstaaten. ([11851/11](#) + [11819/11](#)) Die Empfehlungen werden vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 20. Juni 2011 weiter geprüft werden. Ihre förmliche Annahme wird erst erfolgen, nachdem der Europäische Rat seine diesbezüglichen Schlussfolgerungen verabschiedet hat.

Im Allgemeinen begrüßten viele Minister die Empfehlungen, die den nationalen Reformprogrammen Rechnung tragen, wobei sie anmerkten, dass die Umsetzung des Europäischen Semesters einen beträchtlichen Fortschritt hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Steuerung darstellt. Sie betonten, dass Strategien zur Beschäftigung und sozialen Eingliederung eine bedeutende Rolle in der Strategie Europa 2020 insgesamt und in ihrer Steuerung spielen, da sie für die Schaffung von Wirtschaftswachstum wichtig sind. Es ist Aufgabe des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz), Maßnahmen in diesen Bereichen zu ergreifen.

Einige Minister unterstrichen die Tatsache, dass alle beschäftigungsspezifischen Empfehlungen – einschließlich derer, die sich an Länder richten, deren Währung der Euro ist – die Aufmerksamkeit und Maßnahmen der Beschäftigungsminister erfordern.

Zahlreiche Minister wiesen darauf hin, dass die Empfehlungen der Kommission, die eines Beschlusses des Rates bedürfen, erst zehn Tage vor der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) eingegangen waren. Während künftiger Europäischer Semester sollte mehr Zeit für die Vorbereitung der Ratsarbeit zur Verfügung stehen.

Zum ersten Mal werden in den Empfehlungen wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Aspekte miteinander kombiniert. Auch wenn sie an einzelne Mitgliedstaaten gerichtet sind, so hat der Rat bestimmte Fragen doch nach horizontalen Aspekten geprüft, um sicherzustellen, dass die Kohärenz der Empfehlungen in Bezug auf sämtliche Mitgliedstaaten gewahrt ist.

Der Rat billigte die gemeinsame Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz zur Prüfung der nationalen Reformprogramme ([10664/11](#)) und die Pilotversion des Anzeigers für die Leistungen im Beschäftigungsbereich ([10666/1/11](#)).

Die Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten

Der Rat billigte die Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses zur Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten ([10771/11](#)); der Beschäftigungsausschuss schätzt den integralen und umfassenden Ansatz der Agenda, in der auch Arbeitskräfteangebot und Nachfrage nach Arbeitskräften abgedeckt werden, und betont, wie wichtig die Schaffung von Arbeitsmärkten mit größerer Gleichstellung in der EU ist, in denen für Frauen und Männer die gleichen Bedingungen gelten.

Die vier Hauptziele der Agenda sind:

- eine neue Dynamik für die Flexicurity durch Reduzierung der Arbeitsmarksegmentierung und Unterstützung des Übergangs ins Erwerbsleben;
- Bereitstellung der richtigen Kompetenzen für den Arbeitsmarkt;
- Verbesserung der Arbeitsqualität sowie der Arbeitsbedingungen und
- Unterstützung der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Jugendbeschäftigung

Der Rat verabschiedete Schlussfolgerungen zur Förderung der Jugendbeschäftigung im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele der Strategie Europa 2020, da Jugendbeschäftigung und oft auch Jugendarbeitslosigkeit sowohl ein wichtiges Thema als auch eine Priorität für die EU und ihre Mitgliedstaaten sind ([11838/11](#)).

In den Schlussfolgerungen wird betont, dass lange Zeiten der Arbeitslosigkeit, Inaktivität oder der Abhängigkeit von Transferleistungen in einer frühen Phase des Arbeitslebens signifikante negative Folgen für die gesamte künftige Berufslaufbahn haben können. Daher müssen Jugendarbeitslosigkeit und andauernde Inaktivität vorrangig vermieden und bekämpft werden. Insbesondere ist es wichtig zu gewährleisten, dass unsere allgemeinen und beruflichen Bildungssysteme den Anforderungen des Arbeitsmarktes besser Rechnung tragen.

Der Rat nahm ferner Kenntnis von einem mündlichen Bericht des Vorsitzes über die Arbeiten im Bereich Bildung und Ausbildung, insbesondere den strukturierten Dialog mit jungen Menschen über Jugendarbeitslosigkeit.

Die Zukunft der offenen Methode der Koordinierung (OMK) im Sozialbereich

Der Rat billigte die Stellungnahme des Ausschusses für Sozialschutz zur sozialpolitischen OMK ([10405/11](#)) in Bezug auf die Frage, wie sich am besten Kohärenz zwischen den Zielen und Arbeitsmethoden der „OMK Soziales“ einerseits und dem neuen Kontext der Strategie Europa 2020 und ihrer Steuerung herstellen lässt; dabei wurden jedoch auch die Erfahrungen mit den ersten nationalen Reformprogrammen zugrunde gelegt, die im April 2011 vorgestellt wurden.

In der Stellungnahme heißt es, dass bei der sozialpolitischen OMK weiterhin ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt werden sollte, der die drei folgenden Themenbereiche abdeckt: soziale Inklusion, Altersversorgung sowie Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege. Die sozialpolitische OMK sollte zu einem sichtbaren Ausdruck des sozialen Europas werden. Sie sollte bei den Bemühungen um eine effiziente Abstimmung der Politik im Sozialbereich eine wichtige Rolle spielen und treibende Kraft sein bei sozialpolitischen Initiativen auf europäischer Ebene.

Die OMK ist ein Rahmen für politische Zusammenarbeit, innerhalb dessen die Mitgliedstaaten sich auf gemeinsame Ziele, gemeinsame Indikatoren, Berichterstattung, Aufbau von Analysekapazitäten und Instrumente für den Erfahrungsaustausch verständigen.

Demografischer Wandel und Familienpolitik

Der Rat führte einen Meinungsaustausch über Familienpolitik und verabschiedete Schlussfolgerungen über die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben im Kontext des demografischen Wandels ([11841/11](#)).

Die Minister, die sich zu Wort meldeten, betonten, dass der demografische Wandel politische Maßnahmen erfordert, die eine höhere Geburtenrate fördern, beispielsweise flexible Arbeitszeitregelungen (d.h. Teilzeit), Kindergeld und Familienzulagen, qualitativ hochwertige und erschwingliche Kinderbetreuung sowie andere Betreuungsleistungen, die es den Eltern ermöglichen, Berufs- und Privatleben miteinander in Einklang zu bringen. Die Minister betonten außerdem, dass sozial gefährdeten Familien wie zum Beispiel Familien mit nur einem Elternteil besondere Beachtung geschenkt werden sollte.

Ziel der Schlussfolgerungen ist die Förderung von Politiken, die Familien und eine Vereinbarkeit von Beruf- und Familienleben begünstigen, um die demografischen Herausforderungen zu bewältigen und die Strategie Europa 2020 zu unterstützen.

Es wird auch betont, wie wichtig eine größere Unterstützung für Vereinbarkeitsmaßnahmen ist, die nicht nur Männer und Frauen zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben befähigen, sondern auch dazu beitragen würden, dass wichtige politische Ziele der Europäischen Union im Hinblick auf Wachstum und Beschäftigung erreicht werden.

Kinderarmut und Wohlergehen des Kindes

Der Rat verabschiedete Schlussfolgerungen zur Bekämpfung der Kinderarmut und Förderung des Wohlergehens des Kindes ([11844/11](#)).

Die Bekämpfung der Kinderarmut und die Förderung des Wohlergehens des Kindes gehören zu den Prioritäten im Rahmen der EU-Strategie 2020, insbesondere das Ziel der Reduzierung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

In den Schlussfolgerungen werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Aspekte der Kinderarmut in ihrer einzelstaatlichen Politik angemessen hervorzuheben, und zwar auf umfassende Weise durch Verbindung von entsprechenden Arbeitsplätzen und angemessenem Einkommen für Familien sowie Bereitstellung von Dienstleistungen auf dem Gebiet der frühkindlichen Förderung, der Bildung, des Wohnraums und der Gesundheitsfürsorge. Die Mitgliedstaaten werden ferner aufgefordert, nationale Politiken mit entsprechenden Zielvorgaben und Mittelausstattungen festzulegen.

Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020

Der Rat verabschiedete Schlussfolgerungen zur neuen Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020 ([11843/11](#)).

Die Strategie gibt den Rahmen für Maßnahmen auf europäischer Ebene vor, mit denen – zusammen mit den für die nationale Ebene vorgeschlagenen Maßnahmen – den vielfältigen Problemen von Männern, Frauen und Kindern mit Behinderungen begegnet werden soll. Ziel der Strategie ist es, Menschen mit Behinderungen in die Lage zu versetzen, ihre Rechte uneingeschränkt wahrzunehmen und in vollem Umfang an der Gesellschaft und der europäischen Wirtschaft teilzuhaben. Im Rahmen der Strategie sind acht wesentliche Aktionsbereiche vorgesehen: Zugänglichkeit, Teilhabe, Gleichstellung, Beschäftigung, allgemeine und berufliche Bildung, sozialer Schutz, Gesundheit und Maßnahmen im Außenbereich.

In den Schlussfolgerungen wird zu einer geeigneten Nutzung vorhandener Finanzmittel zur Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen und zur durchgängigen Berücksichtigung von Behinderungsfragen im Rahmen der Strategie Europa 2020 aufgerufen. Um eine größere Eingliederung von Frauen, Männern und Kindern mit Behinderungen in die Gesellschaft zu gewährleisten, sollte die Zugänglichkeit verbessert werden und der gleichberechtigte Zugang von Menschen mit Behinderungen zu qualitativ hochstehender allgemeiner und beruflicher Bildung und zu qualitativ hochwertiger Gesundheitsfürsorge gewährleistet werden.

Aussprache während des Mittagessens

Der Vorsitz fasste die Aussprache während des Mittagessens zum Thema "Demografie: Europa im Wandel" mit der Feststellung zusammen, dass der demografische Wandel als eine Herausforderung betrachtet werden sollte. Besondere Aufmerksamkeit sollte dem aktiven Altern in Verbindung mit lebenslangem Lernen und der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben gewidmet werden ([11563/11](#)).

SONSTIGES

Richtlinien betreffend saisonale Beschäftigung und konzerninterne Entsendungen

Der Vorsitz berichtete kurz über die unter ungarischem Vorsitz erzielten Fortschritte bei den Arbeiten im Zusammenhang mit den sozialen und beschäftigungspolitischen Aspekten der obengenannten Richtlinien.

Elektromagnetische Felder

Die Kommission unterrichtete den Rat über den Sachstand hinsichtlich eines anstehenden Vorschlags zur Änderung der Richtlinie 2004/40/EG über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (elektromagnetische Felder).

Vorbereitung des G20-Treffens – Tagung der für Arbeit und Beschäftigung zuständigen Minister

Die französische Delegation informierte über den Stand der Vorbereitungen für das G20-Treffen der für Arbeit und Beschäftigung zuständigen Minister, das vom 25. bis 27. September 2011 in Paris anberaumt ist.

Ratifizierung und Umsetzung des VN-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen der Kommission ([11125/11](#)).

Arbeitsprogramm des nächsten Vorsitzes

Der polnische Minister stellte dem Rat die wesentlichen Ziele und Aktivitäten für das zweite Halbjahr 2011 vor.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

ENERGIE

Gemeinsames Unternehmen Hochtemperatur-Kernkraftwerk GmbH

Der Rat verabschiedete die Beschlüsse über die Verlängerung des Status der Hochtemperatur-Kernkraftwerk GmbH (HKG) als gemeinsames Unternehmen ([10516/11](#)) und über die Aufrechterhaltung der Vergünstigungen dieses gemeinsamen Unternehmens ([10517/11](#)) für eine Dauer von acht Jahren mit Wirkung vom 1. Januar 2010.

Der Zweck des gemeinsamen Unternehmens besteht darin, ein Stilllegungsprogramm für das Kernkraftwerk in Uentrop (Deutschland) bis zum Stadium des sicheren Einschlusses und anschließend ein Überwachungsprogramm für die betreffenden eingeschlossenen kerntechnischen Anlagen durchzuführen.

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Beziehungen zu Algerien

Der Rat nahm Kenntnis von den Vorbereitungen für die sechste Tagung des Assoziationsrates EU-Algerien, die am 20. Juni 2011 in Luxemburg stattfindet.

TRANSPARENZ

Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten

Der Rat nahm die Antwort auf den Zweit'antrag Nr. 14/c/01/11 gegen die Stimme der schwedischen Delegation an ([10373/11](#)).
